

Die Bewirtschaftung der Lebensmittel in den Städten.

4. VII. 1919

62^H

* Berlin, 3. Juni. (Telegr.) Das seitgedruckte Inserat, in dem kürzlich die Rohschlächter Groß-Berlins ihre Zunftgenossen zur Wahrung der „heiligsten Güter und Rechte“ des ehrsamem Rohschlächtergewerbes aufriefen, ist nur ein Symptom der zum mindesten sehr lauten Bewegung, die sich gegen eine weitere Eingengung des freien Handels richtet. Die Rohschlächtereier, ein seit den Tagen der Fleischnot sehr in die Höhe gekommenes, verbreitetes und im großen Publikum geschätztes Gewerbe, soll nämlich verstaatlicht werden, weil man hofft, so auf eine gleichmäßige Verteilung der für die Volksernährung wichtigen Ware und auf angemessene Preisfestsetzung hinwirken zu können. Die Rohschlächter wiederum wollen den sozialen Nutzen der Stadtwirtschaft nicht anerkennen, und da sie andererseits ihre „heiligsten Güter und Rechte“ bedroht sehen, so stehen sich nun auch hier die Anhänger der freien und der gebundenen Wirtschaft in offenem Kampf gegenüber. Dabei wird nun aber mit starken Übertreibungen gearbeitet. Während in Wahrheit die Zwangsbewirtschaftung nur für gemeinnützige Lebensmittel in Aussicht genommen ist, rufen die Anhänger des freien Handels zum Kampf auf gegen die Kommunalisierung der Lebensmittelversorgung überhaupt und erwecken damit den Eindruck, als ob in den nächsten Wochen oder Monaten das ganze Nahrungsmittelwesen dauernd und für alle Friedenszeit in die Hände der Gemeinden gebracht werden solle. Gegen diese bewußt oder unbewußt entstellende Parole wendet sich nun der Berliner Oberbürgermeister Vermuth in einem Aufsatz der Deutschen Allgemeinen Zeitung. In Wahrheit, so führt er aus, handelt es sich bei den unablässigen Anstürmen und Protesten darum, ob die Zwangswirtschaft, die uns durch den Krieg hindurchgebracht hat, jetzt ohne Übergang beseitigt werden und der freie Handel sich alsbald an ihre Stelle setzen soll. Darauf richtet sich der Ansturm nicht nur des Handels selbst, sondern auch der Landwirtschaft. Diese, dem Handel früher so wenig freundlich gesinnt, halte ihm jetzt die Stange, weil sie öffentliche Wirtschaft sobald als möglich abschütteln möchte und von dem freien Spiel der Kräfte höhern Gewinn erhofft. Vermuth lehnt das freie Spiel der Kräfte mit aller Entschiedenheit ab. Die amtlichen Zuweisungen aus den beschlagnahmten inländischen Beständen, also wöchentlich 1820 Gramm Mehl, 250 Gramm Fleisch, 5 Pfund Kartoffeln usw. befriedigten, wie jedermann wisse, auch zuzüglich der Lieferungen des Verbandes an Mehl, Fett und Fleisch die Anforderungen der großstädtischen Bevölkerung nur in allertnappester Weise. Es sei also undenkbar, daß man diese Mengen dem freien Handel übergebe, der sie nach Begehr und Willkür verteilen würde, so daß der weniger Kundige, der Unbemittelte selbst seiner bisherigen Ration verlustig gehe. Biersach wird nun angesichts der Schwierigkeiten bei der Aufbringung der Lebensmittel im Inland ein Zurückgreifen auf das

Ausland empfohlen. Dem hält der Berliner Oberbürgermeister entgegen, daß die Annahme ausländischer Angebote eine ungeheuerliche Verteuerung des notwendigsten Lebensbedarfs nach sich ziehen würde. Den Maßstab für diese Verteuerung erhielt man aus der Tatsache, daß ausländische Lieferungen an Kartoffeln, Fleisch, Butter und kondensierter Milch mit dem vier- bis fünffachen der inländischen Preise haben bezahlt werden müssen. Erneute Forderungen auf Erhöhung der Löhne, der Gehälter und der Erwerbslosenunterstützungen könnten dann nicht ausbleiben.